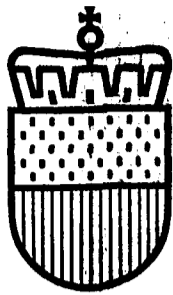


Liechtensteiner Volksblatt

Mit den amtlichen Publikationen aus dem Fürstentum Liechtenstein

Bezugspreise: Liechtenstein und Schweiz jährlich sFr. 24.—, halbjährlich sFr. 12.50, vierteljährlich sFr. 6.50 — Vorarlberg jährlich öS 260.—, halbjährlich öS 140.—, vierteljährlich öS 70.—, monatlich öS 19.—, übriges Ausland jährlich sFr. 42.—, halbjährlich sFr. 22.—. Bestellungen nehmen alle Postämter und die Verwaltung des «Liechtensteiner Volksblatt» in Schaan entgegen. Postscheckkonto: 90-2988 St.Gallen — Verwaltung und Redaktion: FL-9494 Schaan, Lindenplatz 115, Tel. (075) 2 49 49 / 2 49 50 — Druck: Buchdruckerei Gutenberg, FL-9494 Schaan (Fürstentum Liechtenstein). Einzelverkaufspreis: sFr. —.30 / öS 2.—



Anzeigenpreise: Einspaltige Millimeterzeile (36 mm) in Liechtenstein: Anzeigen 14,5 Rappen, Textreklame (74 mm) 50 Rappen. In der Schweiz: Anzeigen 18 Rappen, Textreklame 50 Rappen. In Vorarlberg und im übrigen Ausland: Anzeigen 19 Rappen, Textreklame 60 Rappen — Anzeigenannahme: Für das Fürstentum Liechtenstein: Verwaltung «Liechtensteiner Volksblatt», Lindenplatz 115, FL-9494 Schaan, Telefon (075) 2 49 49 und 2 49 50. Für die Schweiz und das übrige Ausland: «ASSA», Schweizer Annoncen AG, CH-9001 St. Gallen, Oberer Graben 3, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte der «ASSA»

AZ — FL-9494 Schaan, Mittwoch, 14. Januar 1970

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

103. Jahrgang — Nr. 6

Die Sachlichkeit steht im Vordergrund

Regierungschef Dr. G. Batliner: «Lassen Sie diese vergangene Tat gelten für den Einsatz von morgen!»

Wir sind Zeugen einer neuen Zeit. Leistung und Sachlichkeit sind gefordert. Eine breite Mitsprache macht sich geltend. Die Gegenwart verlangt vollen Einsatz. Sachlichkeit steht im Vordergrund. Aber je komplizierter das moderne Leben, desto schwieriger und komplizierter die zu lösenden Probleme. Umso schwerer durchschaubar auch die Entscheidungen. Und doch lebt gerade die Demokratie davon, dass die Entscheidungen der Behörden in den Grundlinien ausdrücklich oder stillschweigend von einer breiten Zustimmung getragen sind. Auch die vielschichtigen Probleme sind daher für den Bürger so durchsichtig wie möglich zu machen. Denn Entscheidungen werden nicht einfach hingenommen. Sie müssen auf ihre Sachlichkeit

hin überprüfbar und begründbar sein. Eine genügende und objektive Information ist ein Lebewesen der Demokratie. Daher wird die Einführung von Pressekonferenzen vorgeschlagen um vor der Presse und Öffentlichkeit Rede und Antwort zu stehen. Öffentliche Referate von Regierungsmitgliedern und Amtsleitern aus ihrem Sachbereich sowie entsprechende Publikationen dienen dem gleichen Zweck. Es ist gut, wenn die Öffentlichkeit mit den Problemen der Verwaltung vertraut gemacht wird, es ist auch gut, wenn die Vertreter der Verwaltungszweige mit der Meinung der Öffentlichkeit konfrontiert werden. Ein besonders hervorragendes Mittel der Information ist die breite Mitsprache bei der Erarbeitung der Entscheidungen.

● Diese Mitsprache, dieses in allen neulichen Versammlungen bestätigte Interesse der Jugend an der Mitsprache ist eine besonders erfreuliche Erscheinung. Sie zeigt ein neues, kritisches, aber echtes Engagement der Jugend. Dadurch, dass der jüngeren Generation heute bessere Ausbildungsmöglichkeiten erschlossen sind, ist von ihrer Mitsprache und dem Einbezug der modernen wissenschaftlichen Erkenntnisse viel Positives zu erwarten.

Die Mitsprachemöglichkeiten — bereits praktiziert bei der Erarbeitung des Bildungsprogrammes — gilt es auch inskünftig auszunutzen. Dazu gehört auch die Frau. Wir überlassen es ihr, die Kinder zu verantwortlichen Staatsbürgern zu erziehen, während wir im Betrieb arbeiten oder auch am Biertisch sitzen. Auch die erwachsene Frau ist ein voll mündiger Mensch. Ihr gehört das Politische Mitspracherecht. Wir — gerade in unserem kleinen Land, das naturgemäss auch in der Auswahl tüchtiger Leute begrenzt ist, — brauchen die öffentliche Mitarbeit der Frau. Und wir können sie auch nicht von der Verantwortung für den Staat dispensieren. Die Rechtsstellung der Frau im öffentlichen und privaten Leben ist zu verbessern.

Um die Mitsprache der Frau und der Jugend

zu verstärken, hat die Fortschrittliche Bürgerpartei in ihrem Reformprogramm vom 19. November 1969 beschlossen, Liechtensteiner und Liechtensteinerinnen mit vollem Stimmrecht ab dem vollendeten 17. Altersjahr in die Partei aufzunehmen. Es ist eine nahezu durchgehende Mandatsdauerbeschränkung für öffentliche Aemter geschaffen worden, die eine starke Rotation bewirken und vielen die direkte Mitsprache in Behörden und Kommissionen bringen wird. Für die wichtigen Bereiche von Staat und Gesellschaft sind im gleichen Reformprogramm Sachreferate eingeführt worden, die breiteste Mitsprache in der Bearbeitung der verschiedenen Probleme ermöglichen.

Die Programm-Vorlage lautet daher: «Die neue Zeit erfordert neue Wege. Pragmatisches Vorgehen, gegründet auf wissenschaftliche Erkenntnisse und breite Mitsprache, gewährleistet beste Lösungen.»

● Praktisches Vorgehen, das sich auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse und eine breite Mitsprache stützt, soll sachgerechte Lösungen erzielen. Daher werden in diesem Programm auch fast keine Fertigfabrikate vorgezogen, die einfach für die nächsten Jahre zur Kenntnis zu nehmen wären.

Die Programm-Vorlage lautet: «Eine moderate Partei wird deshalb vor allem die Hauptlinien künftiger Politik festlegen.»

Der Mitsprache muss ja Raum gegeben sein. Der wissenschaftlichen Vertiefung ebenfalls. Auch erhebt unser Programm keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit. Es hat ein Team an diesem Programm gearbeitet. Und ich möchte hier allen, die mitgewirkt haben, danken.

Im Programm fehlt eine Reihe von Gegenständen, wo bereits Konzepte erarbeitet sind und die es nun zu realisieren gilt: Sei es im Bildungswesen, im Sport, in der Krankenversicherung, im Hochbau, im Strassenbau usw.

Wichtig ist bei der Verbreiterung der Mitwirkung der Vorrang der Politik. Die politischen Entscheide und die Sorge für das öffent-

LEBENDIGE DEMOKRATIE?

In einem Bericht des «Liechtensteiner Vaterland» über die Delegiertenversammlung der Vaterländischen Union heisst es am Dienstag unter anderem: «... die Nominatoren der Landtagsabgeordneten ... ergaben einstimmige Wahl aller Kandidaten ...» Tatsächlich aber konnten nur 13 der insgesamt 15 Abgeordneten an der Delegiertenversammlung nominiert werden, weil über zwei Kandidaten offenbar noch keine Einigkeit erzielt worden war. Die Delegierten wurden aufgefordert, der Parteileitung eine Blankovollmacht für die Benennung der zwei fehlenden Kandidaten zu geben, was nach einiger Diskussion auch erfolgte. Die Delegiertenversammlung der VU stand unter dem Motto «Lebendige Demokratie».

liche Wohl dürfen nicht an Verbände oder Interessengruppen abgetreten werden. Sie gehören in die klare Verantwortung der bestellten politischen Organe. Damit ist wie bisher — ein verlässlicher und geradliniger Kurs zu gewährleisten.

● «Ein verlässlicher und geradliniger Kurs ist zu garantieren durch den Vorrang der Politik» (Fortsetzung Seite 2)

von Tag zu Tag

Inzwischen besteht kein Zweifel mehr, dass Dr. Alfred Hilbe offizieller Kandidat der Vaterländischen Union für das Amt des Regierungschefs ist, falls die VU am 1. Februar die Mehrheit erringen würde. Wir möchten in diesem Zusammenhang auch an dieser Stelle auf einen öffentlichen Diskussionsabend hinweisen, der heute Mittwoch um 20.15 Uhr im Gemeindefaal Balzers stattfindet. Regierungschef Dr. Batliner und Vizeregierungschef Dr. Hilbe werden sich einer öffentlichen Fragestunde stellen.

«Vergangenes ist nicht gefragt und wird nicht honoriert. Aber lassen Sie vielleicht eines gelten, die Tat, auch wenn vieles gemeinsam geleistet wurde und wenn nicht alles ist wie es sein sollte. Lassen Sie diese vergangenen Taten gelten für den Einsatz von morgen.» So lautet ein Kernsatz aus der Rede von Regierungschef Dr. Batliner vor der Delegiertenversammlung der FBP (Seite 1 und 2).

In unserer Artikelreihe über das Grundsatzprogramm der Fortschrittlichen Bürgerpartei bringen wir heute einen Beitrag über die Zusammenarbeit zwischen Staat und Gemeinden, worin eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen enthalten sind (Seite 1).

Den angekündigten Bericht über die Vaduzer Operettenpremiere finden Sie auf Seite 3. Meldungen aus den Gemeinden, einen Beitrag aus der Industrie und einige Bemerkungen zu den neuesten Tollwutfällen in unserer Region bringen wir auf den Seiten 2 und 3 der heutigen Ausgabe.

Für Biafra erfüllt sich in die diesen Tagen das Schicksal des Besiegten. Ein ganzes Volk steht vor einer unermesslichen Tragödie. Wir verweisen auf unsere Auslandmeldungen auf Seite 8.

Nachdem sich der Föhnsturm endgültig gelegt hat, hält der Winter wieder Einzug. Bei Temperaturrückgang ist im Laufe des heutigen Tages mit Schneefall zu rechnen.

FBP: Moderne Partei - Zeitgemässes Programm - Fähige Männer:

Zusammenarbeit mit den Gemeinden!

«Den Gemeinden müssen jene Einnahmen zukommen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Zusammenarbeit unter den Gemeinden und Zusammenarbeit des Staates mit den Gemeinden dienen dem öffentlichen Wohl. Gemeinschaftswerke sind zu fördern.»

So lautet ein Kernpunkt des Grundsatzprogrammes der Fortschrittlichen Bürgerpartei, das am 9. Januar 1970 in Vaduz einstimmig gutgeheissen wurde. Die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen dem Staat und den Gemeinden wird damit erneut unterstrichen und zu einem wichtigen Postulat erhoben.

● Erfolgreiche Gemeinschaftswerke der letzten Jahre und Jahrzehnte zeugen bereits von der guten und fruchtbaren Zusammenarbeit des Staates mit unseren Gemeinden. Denken wir an die gemeinschaftlichen Einrichtungen zur Trinkwasserversorgung, zur Abwasseranlieferung, denken wir an die Stiftung für das Alter, an das Fürsorgewesen, an das Schwimmbad (und künftige Hallenbad) zwischen Schaan und Vaduz usw.

Die grossen Aufgaben, die in den vor uns liegenden Jahren auf die Gemeinden zukommen, lassen sich jedoch nicht mehr von einem Schreibtisch aus der guten Stube heraus erfolgreich bewältigen. Die Gemeinden müssen ihren Verwaltungsapparat ausbauen und mit vollamtlichen Fachkräften besetzen, um die in ihren Bereich fallenden Aufgaben selbständig und in eigener Verantwortung erfolgreich zu lösen.

● Aufgabe des Staates muss es sein, den Gemeinden künftighin noch besser zur Seite zu

stehen, wo es um materielle und technische Unterstützung geht. Der Staat muss u.a. dafür sorgen, dass den Gemeinden die notwendigen Mittel zufließen, die sie zum Ausbau ihrer Verwaltung und zur Bewältigung ihrer grossen Aufgaben benötigen. Neben der finanziellen Hilfe, müssen den Gemeinden aber auch die staatlichen Fachkräfte und ihre diesbezüglichen Verwaltungsinstitutionen vermehrt zur Verfügung stehen als bisher. Der Staat soll fachtechnische Starthilfe geben, auf deren Basis die Gemeinden mit eigener Kraft weiter aufbauen.

In den nächsten Jahren soll aber auch die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden verstärkt werden. Die bis heute durchgeführte Vortragskonferenz, die ausserdem noch von der Regierung einberufen wird, erscheint nicht mehr als geeignete Voraussetzung für eine wirksame Zusammenarbeit der Gemeinden untereinander. Hier wäre die Frage der Gründung eines liechtensteinischen Gemeindeverbandes zu prüfen, der unseren Gemeinden einen besseren Status verleihen könnte.

Eine engere Zusammenarbeit der Gemeinden untereinander hätte die vermehrte Errichtung wichtiger Gemeinschaftswerke zur Folge. Gemeinschaftswerke könnten jeweils grosszügiger ausgelegt werden als Einzelvorhaben, die staatlichen Subventionen für solche gemeinschaftliche Bauvorhaben müssten erhöht werden.

Der politische Gegner wirft der FBP mitunter ein gestörtes Verhältnis zu den Gemeinden und den Hang zum Zentralismus vor. Man tut so, als seien die Mandatsträger der FBP irgend-

wann von irgendwoher ins Land gekommen. Man vergisst, dass auch sie aus einer liechtensteinischen Gemeinde kommen und in einer liechtensteinischen Gemeinde wohnen, deren Anliegen ihnen naturgemäss genau so am Herzen liegt, wie jedem anderen Bürger.

● Eine erneute Verbesserung des Verhältnisses der Gemeinden untereinander, eine Verbesserung und Modernisierung der Zusammenarbeit zwischen dem Staat und unseren Gemeinden, welche die Funktionsfähigkeit unseres Staatswesens gewährleisten, steht als Postulat mit im Vordergrund unserer politischen Arbeit.

Die Mandatsträger der FBP werden die Probleme der liechtensteinischen Gemeinden auch in Zukunft zu ihren eigenen machen, um damit letztlich unserem Staat zu dienen.

